

## Das bröckelnde Erbe des Liberalismus

Die Ideen von Erhard, Hayek und Co. geraten immer wieder in rechtes Fahrwasser. Liberale Vereine und Stiftungen sind zerstritten und schwach. Und jetzt muss auch noch Lars Feld den Sachverständigenrat verlassen. Warum tut sich das freiheitliche Denken so schwer?

*Von Johannes Pennekamp*

Friedrich August von Hayek scheute keinen Streit. Als er sich im Jahr 1960 mit dem Ordoliberalen Wilhelm Röpke über die Grundlagen des neuen Liberalismus auseinandersetzte, trieb er es so weit, dass es dessen Ehefrau Eva mit der Angst bekam. "Mein Mann befindet sich infolge der mit der Mont Pèlerin Gesellschaft verknüpften Aufregung in einem Zustand, dass ich einen neuen Herzinfarkt befürchte", warnte sie. Hayek gewann den Disput und drückte der neoliberalen Vereinigung seinen Stempel auf.

Trotz dieser harten Gangart dürfte dem 1992 verstorbenen Österreicher nicht gefallen, was diejenigen veranstalten, die angeben, seine Ideen im 21. Jahrhundert zu vertreten. Die Hayek-Gesellschaft in Berlin und die für die Finanzierung der Gesellschaft wichtige Berliner Hayek-Stiftung zerfleischen sich gerade gegenseitig.

Auslöser des Streits ist die Abgrenzung nach rechts: Im Januar hatte der Rat der Hayek-Stiftung erklärt, dass die Mitgliedschaft in der AfD "unvereinbar mit den Anliegen, dem Werk und der Person Friedrich August von Hayek" sei. Da die AfD womöglich bald vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall eingestuft wird, kündigte man an, künftig keine Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft mehr finanzieren zu wollen, an denen AfD-Mitglieder beteiligt sind. Von der Hayek-Gesellschaft, die etwa 300 Mitglieder hat, erwartete der Stiftungsrat eine klare Abgrenzung von der rechten Partei und de facto einen Ausschluss von AfD-Mitgliedern wie Alice Weidel und Beatrix von Storch.

Der Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft, der Kieler Ökonom Stefan Kooths, will davon nichts wissen. "Sowohl die Satzung als auch die Gemeinnützigkeit der Gesellschaft erfordern strikte Überparteilichkeit - und das ist auch gut so, um Debattenräume offen und Parteipolitik draußen zu halten", sagt er der F.A.Z. Die Hayek-Gesellschaft stehe wie kaum eine andere Organisation für die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das müsse man also nicht noch einmal klarstellen. Kooths pocht auf liberale Prinzipien und die Unabhängigkeit der Gesellschaft. Eine Parteizugehörigkeit allein könne kein Ausschlusskriterium sein, zudem fielen Ausschlüsse in die alleinige Zuständigkeit der Mitgliederversammlung. "Es ist gute hayekianische Tradition, Menschen nicht nach Gruppenzugehörigkeiten zu beurteilen, sondern nach ihrer Persönlichkeit", sagt Kooths.

Wer bei den Hayekianern tiefer bohrt, erfährt, dass es nicht nur wegen der AfD-Problematik knallt. Es geht auch um die Verwendung von Geld, persönliche Animositäten und die Rolle von Gerd Habermann. Der hat Stiftung und Gesellschaft einst mitbegründet, seine Zeit in der vordersten Reihe soll nun aber zu Ende gehen, was zu Reibungen führt. Das Tisch Tuch zwischen Gesellschaft und Stiftung ist auf unbestimmte Zeit zerschnitten.

Noch ist unklar, wer sich in der Fehde durchsetzt, der Imageschaden jedenfalls ist gewaltig. Rund zwanzig teils namhafte Mitglieder, darunter die FDP-Politikerin Linda Teuteberg, aber auch AfD-Frontfrau Weidel, haben die Gesellschaft inzwischen verlassen. Es ist nicht der erste Aderlass. Schon 2015 waren Karen Horn, die damalige Vorsitzende der Gesellschaft, der FDP-Vorsitzende Christian

Lindner und rund 50 weitere Mitglieder ausgetreten, weil ihnen die Gesellschaft zu weit nach rechts gerückt war. Medial schlagen solche Auseinandersetzungen hohe Wellen, über die inhaltliche Arbeit der Hayek-Freunde hört man seit längerem weniger.

Der Kleinkrieg der Hayekianer mag besonders verheerend sein. Doch auch in anderen Organisationen, die sich die Verteidigung der Freiheit auf die Fahnen geschrieben haben, gibt es Reibungen. Immer wieder geht es um echte oder vermeintliche Nähe nach rechts: Die 1947 von Hayek gegründete Mont Pèlerin Society hat es beispielsweise noch immer nicht geschafft, sich klar von autoritären Regierungen in Südamerika zu distanzieren, kritisieren einzelne Mitglieder der internationalen Vereinigung. In der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn, die das geistige Erbe des "Kanzlers des Wirtschaftswunders" in die Gegenwart übersetzen will, gab es vergangenes Jahr Aufruhr wegen des Vorsitzenden Roland Tichy. Der Publizist, mit dem der CDU-Politiker Friedrich Merz wegen Tichys zunehmenden Abdriftens nach rechts schon 2017 nicht mehr auf einer Bühne stehen wollte, hatte auf seiner journalistischen Plattform die Veröffentlichung eines sexistischen und frauenfeindlichen Artikels zugelassen. Bundesbank-Präsident Jens Weidmann und andere gingen auf Distanz, Tichy trat schließlich nicht mehr für den Vorsitz an. Nun soll es Roland Koch, Hessens früherer Ministerpräsident, an der Spitze der Stiftung richten.

Auch auf politischer Ebene kamen sich Liberale und Rechte immer wieder nah. Der FDP gelang es erst in den 1960er Jahren, sich von ihrem rechten Flügel zu emanzipieren. Ein halbes Jahrhundert später geriet sie wieder trübes Fahrwasser, als sich Thüringen-Spitzenkandidat Thomas Kemmerich mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ und die Wahl zum Entsetzen der Bundespartei auch noch annahm. Und auch die AfD ging als ein auch wirtschaftsliberales Projekt an den Start, bevor nationalistische und völkische Kräfte das Ruder an sich rissen.

Von außen betrachtet, sind solche Allianzen absurd. Ausgerechnet die Liberalen, deren geistiges Fundament die Gleichheit und Freiheit aller Individuen ist, geraten immer wieder in den Dunstkreis derjenigen, die Freiheiten von Minderheiten, Frauen und Fremden unterdrücken wollen. Die Suche nach möglichen Ursachen führt erst einmal zu Hayek, Erhard, Eucken und anderen liberalen Vordenkern selbst. Finden Rechtspopulisten womöglichen Anknüpfungspunkte in deren Gesellschaftsentwürfen aus dem frühen 20. Jahrhundert?

Es gibt Wissenschaftler, die diesen Zusammenhang herstellen. Thomas Biebricher, Politikwissenschaftler an der Copenhagen Business School und Neoliberalismus-Fachmann, betont, dass der Ordoliberalismus "gerade in seiner Gründungsphase auch Tendenzen in Richtung eines autoritären Liberalismus aufwies" und er sich mit der "Demokratisierung von Gesellschaft und in Ansätzen auch der Wirtschaft" schwergetan habe. Im Fall von Hayek erinnert er daran, dass der Österreicher in einem Interview mit einer chilenischen Zeitung im Jahr 1981 gesagt habe, "einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung, der es an Liberalität mangelt, vorzuziehen". An anderer Stelle habe Hayek - der sich als Liberaler klar von Konservativen abzusetzen versuchte, von diesen aber dennoch immer wieder als Kronzeuge bemüht wird - geschrieben, dass er, "wenn Demokratie Regierung durch den uneingeschränkten Willen der Mehrheit heißen soll", kein Demokrat sei. Biebricher schreibt den Neoliberalen, zu denen ein ganzes Spektrum an Denkern aus der Zwischen- und Nachkriegszeit zählt, insgesamt eine skeptische Haltung gegenüber dem Volkswillen und demokratischen Verfahrensweisen zu - was immer wieder zu einer Offenheit gegenüber autoritären Lösungen geführt habe.

Liberale Köpfe wie die frühere F.A.Z.-Journalistin und heutige Wissenschaftlerin Karen Horn und Lars Feld, der Direktor des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg, teilen diese Einschätzung nicht. Es sei die unbegrenzte Demokratie, die die vom Kaiserreich geprägten Denker abgelehnt hätten. "Dahinter stand aber nicht der Wunsch nach autoritären Herrschern, sondern nach rechtsstaatlicher Bindung", sagt

Feld. Selbst eine demokratische Regierung müsse der Herrschaft des Rechts unterliegen. Ein Teil des Grundgesetzes könne deshalb mit keiner demokratischen Mehrheit geändert werden, und der demokratische Gesetzgeber werde durch die Weiterentwicklung des Verfassungsrechts durch das Bundesverfassungsgericht gebunden. Ganz ähnlich formuliert es Horn und betont: "Es ist überhaupt nichts autoritär daran, die Demokratie institutionell so einhegen und ausbalancieren zu wollen, dass Minderheiten nicht unter die Räder kommen, jeder Einzelne in seinen Grundrechten geschützt ist und auch die Demokratie selber Bestand hat." Hayeks Äußerung zum "liberalen Diktator" hält sie für eine Alterssünde. Zwar könne auch ein Diktator essentielle wirtschaftliche Freiheitsrechte garantieren, aber damit sei die persönliche Freiheit insgesamt noch nicht automatisch gesichert.

Egal, ob man in der Debatte eher Biebricher oder Horn und Feld folgt - eine klare Begründung für die immer wieder zu beobachtenden Verbrüderungen von Liberalen und Rechten liefert der historische Exkurs nicht. Die eine, schlagende Erklärung scheint es ohnehin nicht zu geben, dafür aber viele Ansatzpunkte: Otto Fricke, Bundestagsabgeordneter der FDP und Mitglied der Erhard-Stiftung, schildert, dass liberale und nationalistische Denker trotz gegensätzlicher Weltbilder in der Fehleranalyse zu ähnlichen Schlüssen kommen können - zum Beispiel bei der Frage nach der Zentralisierung in der EU. "Die AfD will weniger Europa, wir wollen ein besseres, fitteres Europa - trotzdem ähnelt sich die Kritik am Status quo." Der Hayek-Vorsitzende Kooths, seit über 25 Jahren FDP-Mitglied, teilt diese Beobachtung und sagt: "Fremdenfeinde kapern liberale Argumente und instrumentalisieren sie für ihre Zwecke." Forscherin Horn glaubt, dass sich Liberale zu lange allein auf die Bekämpfung linker, kollektivistischer Konzepte konzentriert haben und dabei die Gefahr von rechts übersehen haben. Sie beobachtet zudem, dass Liberale häufig das Gefühl hätten, mit ihren Botschaften überhört zu werden: "Manche steigern sich in eine Frustration hinein, werden immer lauter und radikalieren sich dann in einer generalisierten Antihaltung so weit, bis sie gar nicht mehr liberal sind." Und Allensbach-Meinungsforscher Thomas Petersen verweist auf die vielen "heimatlosen Konservativen", denen die CDU zu weit nach links gerückt sei. "Viele von denen landen bei der AfD, der ein oder andere aber auch bei der FDP." Das erkläre, weshalb sich Wähler von AfD und FDP bei bestimmten Fragen relativ nahe seien.

So vielfältig die Erklärungsansätze, so eindeutig die Konsequenzen der dauernden Streitereien und Abgrenzungsprobleme: Die Neoliberalen haben hierzulande einen falschen und verkürzten Ruf. Sie werden als kaltherzige Marktradikale abgestempelt. Dabei haben die geistigen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft so viel mehr zu bieten, was auch in heutigen wirtschaftspolitischen Debatten Gehör verdiente. Die schwache Lobby und die häufig zu beobachtende Verengung des Liberalismus auf reine Wirtschaftsthemen erleichtert es den politischen Gegnern, Stimmung zu machen. Als Anfang der Woche bekannt wurde, dass Lars Feld nicht wieder in den Sachverständigenrat berufen wird, ätzte SPD-Finanzpolitikerin Cansal Kiziltepe: "Lars Feld verkörpert den ideologischen Neoliberalismus!" DIW-Ökonom Stefan Bach begrüßte das Ende der "ordo- und neoliberalen Dominanz" in dem Beratergremium. Zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung kommt es dann erst gar nicht, wenn Personen mit derartigen Kampfbegriffen abgestempelt werden können.

Ob sich daran in absehbarer Zeit viel ändern wird ist fraglich. Roland Koch, der neue Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, will es jedenfalls versuchen. "Die Stiftung hat enormes Potential", betont der ehemalige CDU-Politiker im Gespräch der F.A.Z.. Als "meinungsbildender Faktor in der Gesellschaft" sei die auf 75 Mitglieder beschränkte Stiftung, der Politiker, Forscher und Wissenschaftler angehören, in den vergangenen Jahren allerdings nicht mehr sehr relevant gewesen. "Wir müssen jetzt sichtbar werden, auch bei Zukunftsthemen wie der Plattformökonomie und der Frage, wie eine soziale Marktwirtschaft und ein freiheitliches Land mit gelenkten Märkten wie China konkurrieren kann", sagt er. Auch viele Jahre nach seiner aktiven politischen Karriere ist Koch bestens vernetzt. Er wolle seine Bekanntheit nutzen, um der Stiftung wieder Gehör zu verschaffen, die Sache aber nicht zu einer "Ego-

Show" machen. Neue Diskussionsformate, ein Blog im Internet und inhaltliche Papiere zu aktuellen Themen sollen dabei helfen. Die Abgrenzung nach rechts fällt unter Koch eindeutig aus: "Die AfD befindet sich inzwischen außerhalb des akzeptablen politischen Spektrums." Der Liberalismus hingegen sei für ihn "ein Produkt der Mitte der Gesellschaft".

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.